

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ratsfraktion
CDU
Ratsfraktion
SPD
Ratsfraktion

Düsseldorf, den 14.07.2011

An
Herrn Oberbürgermeister
Dirk Elbers

Antrag der Ratsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU:
Resolution zur geplanten Kürzung der Leistungen für Langzeitarbeitslose

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Bundesregierung plant zum 1. April 2012 die Einführung eines „Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“, auch Instrumentenreform genannt, die u.a. die Regelungen zur Beschäftigungsförderung nach dem Sozialgesetzbuch II verändern soll. Als Begründung gilt das im Juni 2010 beschlossene Zukunftspaket, nach dem die Bundesagentur für Arbeit Effizienzsteigerungen und strukturelle Einsparungen im Jahr 2012 in Höhe von 2,5 Mrd. EUR haushaltswirksam werden lassen soll (ab dem Jahr 2013 jeweils 3 Mrd. EUR).

Als weitere Begründung dient die Verringerung der Arbeitslosenzahlen in Verbindung mit den prognostizierten guten Konjunkturaussichten. Hierdurch ist es nach Ansicht der Bundesregierung für Langzeitarbeitslose einfacher geworden, wieder Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt aufzunehmen, so dass eine Reduzierung der Mittel für Beschäftigungsförderungsmaßnahmen vertretbar sei.

Der Gesetzentwurf sieht u.a. vor, die sogenannten Fallpauschalen für Teilnehmer/Innen in Beschäftigungsförderungsmaßnahmen zum Einen bundesweit festzulegen und darüber hinaus drastisch zu senken. Dies würde für Düsseldorf den Verlust von rund 2/3 der Plätze in Arbeitsgelegenheiten (AGH) bedeuten.

Eine Fortführung der verbleibenden Maßnahmen ist zu diesen Konditionen wirtschaftlich nicht mehr möglich. Zusammenfassend führen diese geplanten Einsparungen dazu, dass die Projekte in Düsseldorf überhaupt nicht mehr beziehungsweise nicht mehr in diesem Umfang durchgeführt werden können.

Vor diesem Hintergrund bitten die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD Sie, folgende Resolution auf die Tagesordnung der Sitzung am 14. Juli 2011 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf befürchtet, dass für die große Gruppe der Langzeitarbeitslosen im SGB II nach dem vorliegenden Gesetzentwurf eine erhebliche Verschlechterung der Eingliederungschancen eintritt.

Die geplante Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente erkennt, dass der erfreuliche Rückgang der Arbeitslosenzahlen nicht annähernd bei solchen Arbeitsuchenden zu beobachten ist, die länger als 12 Monate ohne Beschäftigung, also langzeitarbeitslos sind und/oder Vermittlungshemmnisse haben - wie zum Beispiel ein Alter über 50 Jahre, eine Behinderung, Bildungsdefizite oder gesundheitliche Einschränkungen. Diese Gruppe wird von arbeitsmarktpolitischen Förderungen weitgehend abgeschnitten.

Das wirtschaftliche Wachstum einerseits und die demografische Entwicklung andererseits erfordern die Mobilisierung aller Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt – für die heimische Wirtschaft, die dringend Arbeitskräfte benötigt, und für die Menschen, die am Arbeitsleben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben wollen. Die Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkei-

ten in den Beschäftigungsförderungsprojekten unserer Stadt sind zukunftsweisend, integrationsfördernd und sozial erforderlich und müssen daher weiter finanziert und unterstützt werden.

Langzeitarbeitslose Menschen müssen zumeist vielfältige Problemlagen meistern, bevor sie wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Messlatte für eine erfolgreiche Integrationsarbeit kann deshalb nicht allein die Vermittlung in Arbeit sein, auch wenn die Düsseldorfer Beschäftigungsprojekte hier überdurchschnittlich gut aufgestellt sind. Hilfe für diese Menschen bedeutet, sich ihren individuellen Notlagen anzunehmen. Dafür brauchen wir unsere mit den Düsseldorfer Sozialverbänden und Beschäftigungsträgern entwickelten Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen; der Bund ist aufgefordert, hier weiterhin zu seinen arbeitsmarktpolitischen wie finanziellen Verpflichtungen zu stehen.

Arbeitsgelegenheiten sind für langzeitarbeitslose Menschen keine Strafe, sondern eine Chance, durch Qualifizierung, realitätsnahe praktische Arbeit und psychosoziale Unterstützung wieder im Arbeitsleben Fuß zu fassen. Die Kürzung der Maßnahmenpauschalen für die Träger führt dazu, dass viele Maßnahmen wegfallen werden und/oder nur noch unter großen Qualitätseinbußen überhaupt angeboten werden können. Die Kürzung der Zahl der Arbeitsgelegenheiten bedeutet für viele Betroffene Perspektivlosigkeit und Ausgrenzung.

Integrationspolitik für langzeitarbeitslose Menschen braucht Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit. Arbeitsgelegenheiten und Beschäftigungsmöglichkeiten wie die Job- Perspektive, in der Beschäftigung mit bis zu 75% des Arbeitgeberbruttolohns gefördert wird, wurden zunächst stark ausgebaut, werden aber heute rigoros zusammengestrichen. Es muss für SachbearbeiterInnen in den Jobcentern als auch für die Beschäftigten bei den Maßnahmeträgern wieder möglich werden, sich schwerpunktmäßig auf die Probleme Langzeitarbeitsloser zu konzentrieren, statt sich immer wieder mit Kürzungen und kurzatmigen Änderungen in der Integrationsarbeit beschäftigen zu müssen. Von daher ist keine Kürzung, sondern - im Gegenteil - eine Verstärkung der Mittel für eine erfolgreiche Integrationspolitik gefragt.

Düsseldorf ist eine soziale Stadt. Gerade die Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte der Düsseldorfer Sozialverbände und Beschäftigungsträger leisten dazu einen besonderen Beitrag. Denn: ein zentrales Ziel ist dabei auch immer, den arbeitslosen Menschen Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen sowie soziale Dienstleistungen für bedürftige Menschen und auch die Allgemeinheit anzubieten (beispielsweise Begleitservice der Rheinbahn, Grünmobil, Energieberatung, Sozialkaufhäuser, Tafeln etc.). All dies wird durch die beabsichtigten Kürzungen des Bundes gefährdet.

Der Rat der Stadt Düsseldorf begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente hinsichtlich ihrer Wirkung effizienter zu gestalten und den Arbeitsvermittlern vor Ort mehr Handlungsspielräume einzuräumen. Wir unterstützen das Ziel, Menschen so schnell wie möglich auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen.

Wir lehnen jedoch ab, dass insbesondere die Eingliederungschancen und die Teilhabe von Langzeitarbeitslosen, arbeitsmarktfernen und schwer vermittelbaren Menschen sowie benachteiligten Jugendlichen erschwert werden. Gerade bei diesen Menschen ist die Förderung mit besonderen Anforderungen verbunden. Wir fordern Bundestag und Bundesrat auf, den Referentenentwurf so zu überarbeiten, dass die Mittel für diesen Personenkreis festgeschrieben werden und nicht ausschließlich zu Lasten der Kommunen gehen.

Der Rat der Stadt Düsseldorf fordert daher Bundestag und Bundesrat auf, auf die beabsichtigten Kürzungen bei der Betreuung langzeitarbeitsloser Menschen zu verzichten und die geplante Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente gründlich zu überarbeiten.

Ferner wird die Verwaltung gebeten, in den Gremien des Städtetages konsequent weiterhin die negativen Folgen der Instrumentenreform für die Kommunen zu verdeutlichen und alle nur möglichen Einflusschancen zu nutzen, damit dieses Gesetzesvorhaben so nicht realisiert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Iris Bellstedt

Norbert Czerwinski

Friedrich G. Conzen

Markus Raub